

Einleitung

WINFRIED BRÖMMEL/HELMUT KÖNIG/MANFRED SICKING

I. EUROPA, WIE WEITER

Seit einem Jahrzehnt ist der europäische Integrationsprozess nicht nur ins Stocken geraten, sondern in ganz neuer Weise umkämpft und umstritten. Niemand kann gegenwärtig wissen, wie es weitergehen wird. Die Verunsicherung ist groß, die inneren und äußeren Herausforderungen türmen sich und lassen alles andere als Zuversicht aufkommen. Seit 2008 sorgt die Finanz-, Banken- und Schuldenkrise, die noch keineswegs überwunden ist, für Zwist, Unruhe und Unbehagen. Schon zuvor, im Mai 2005, scheiterte der aufwendig ins Dasein gerufene Verfassungsvertrag an den Hürden der Referenden in Frankreich und den Niederlanden. Das machte unübersehbar deutlich, wie weit sich die hochfliegenden Absichten der politischen Eliten von den Vorstellungen der Wahlbevölkerungen entfernt hatten.

Die Skepsis ist nicht gewichen, sondern nimmt stetig zu. Die Idee, mit der Einführung des Euro die Unterschiede zwischen dem Leistungsvermögen der nationalen Volkswirtschaften nach und nach anzugleichen, hat sich als Illusion herausgestellt. Die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit und in den politisch-ökonomischen Kulturen der Mitgliedstaaten sind stärker zutage getreten denn je und haben die alten gegenseitigen Klischees und Vorurteile, die lange in den Hintergrund getreten waren, revitalisiert. Die europäischen Hoffnungen der Peripherieländer Griechenland, Spanien, Portugal sind in Ernüchterung, Abwehr und Hass gegen „Brüssel“ bzw. die Geberländer des Nordens, gegen Deutschland vor allem, umgeschlagen.

Deutschland und Frankreich, ohne deren Kooperation die europäische Integration nicht vorankommen kann, liegen immer wieder im Clinch mit-

einander. Die innere Situation in Frankreich ist besorgniserregend, das Land ist zutiefst gespalten, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 2014 kam der nationalistische Front National auf die meisten Stimmen. Es ist keineswegs auszuschließen, dass die nächste Präsidentin in Paris auf den Namen Marine Le Pen hört. Aber auch in Deutschland, dem alles in allem bislang wohl integrationsfreundlichsten Land Europas, werden zum ersten Mal die integrationsfeindlichen Stimmen und Tendenzen in nennenswertem Ausmaß sichtbar und erhalten Zulauf.

Vielerorts wird die europäische Integration nicht mehr als Problemlöser für ökonomische Stagnation, Arbeitslosigkeit und Armut angesehen, sondern als deren Ursache. Und an die Stelle der in den Verträgen und offiziellen Verlautbarungen viel beschworenen europäischen Solidarität ist ein Nullsummenspiel getreten, in dem die Zugewinne der einen stets auf Kosten der anderen zustande zu kommen scheinen. Die Spaltung in Gewinner und Verlierer hat mit der Öffnung der Schere zwischen reichen und armen Ländern zu tun, also damit, dass das Versprechen stetig steigenden und immerwährenden Wohlstands nicht eingehalten werden konnte. Die Idee der Solidarität wird unter dem Klischee begraben, dass die armen Länder vollkommen selbstverschuldet in den Schlamassel geraten sind, es sich immer in der Hängematte der südlichen Sonne gemütlich gemacht haben und die reicheren Länder des Nordens dafür nun auch noch die Zeche zahlen sollen.

Die grundlegenden strukturellen Fragen und Probleme der Europäischen Integration lassen sich um drei Gesichtspunkte herum gruppieren. (1) Die soziale Dimension: Hier geht es um die Rolle Europas für die Sozial- und Wohlfahrtspolitik. Das Manko, dass die negative Integration durch das Wegarbeiten möglichst aller Art von nationalen Wettbewerbsbeschränkungen nicht im gleichen Maße von positiver Integration durch europäische Marktregulierungen kompensiert wird, ist seit langem bekannt, aber in den letzten Jahren viel deutlicher ins Bewusstsein gerückt. (2) Die politische Dimension: Sie betrifft die konstitutionelle und institutionelle Verfasstheit der Europäischen Union. Hier sind die Spannungen nicht minder groß. Die einen wollen einen großen Sprung nach vorn in Richtung einer Vertiefung und eines europäischen föderalen Staates machen, die anderen möchten am liebsten zurück in das Zeitalter der Nationalstaaten. Damit hängt das viel diskutierte Demokratiedefizit zusammen. Eine Abhilfe dieses Defizits erschien so lange nicht wirklich nötig, wie die immer wieder ins Feld geführte

Output-Legitimation alle demokratischen Defizite auf der Input-Seite des politischen Prozesses ausreichend kompensierte. Angesichts der nachlassenden Effizienz und Wirksamkeit der Maßnahmen macht sich nun aber die alte republikanische Wahrheit geltend, dass Institutionen, die nicht durch die Zustimmung der Bevölkerungen getragen werden, sehr schnell ihre Autorität verlieren und ihre Wirksamkeit einbüßen. (3) Die internationale Dimension: Angesichts bedrückender Instabilitäten und Gewaltausbrüche an vielen Orten der Welt und angesichts der größten Flüchtlingsströme seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird eine gemeinsame europäische Außenpolitik zu einer dringlichen Notwendigkeit. Das zeigen, unmittelbar vor der Haustür, die Ukraine-Krise und die neue Konfrontation mit Russland.

1. Die soziale Dimension

Es gehört zu den Auffälligkeiten der Diskussionen des letzten Jahrzehnts, dass sich auf der linken Seite des politischen Spektrums, die eigentlich wegen ihres Hangs zum Internationalismus gleichsam a priori für die progressive Überwindung des Nationalstaats prädestiniert ist, die Anzahl der skeptischen und ablehnenden Stimmen deutlich vermehrt hat, und zwar quer durch alle europäischen Länder (siehe die Beiträge in Hillebrand/Kellner 2014). Das liegt im Kern daran, dass der Nationalstaat bislang der einzige Rahmen geblieben ist, in dem ein einigermaßen befriedigender sozialer Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit hergestellt werden konnte. Alle Hoffnungen, die sozialstaatlichen Errungenschaften auf der EU-Ebene weiter auszubauen bzw. mindestens zu erhalten und zu sichern, sind Makulatur geblieben. Ein soziales Europa, das erscheint jetzt mehr oder weniger als ausgemacht, wird es vorerst nicht geben. Im Gegenteil: Der Traum einer zweiten Zähmung des Kapitalismus durch die europäischen Institutionen ist zum Albtraum der neoliberalen Deregulierung und einer neuen Entfesselung des Kapitalismus verkommen (vgl. Misik 2014). Aus linker und sozialdemokratischer Sicht hat die europäische Integration die politischen und sozialen Errungenschaften der Nationalstaaten nicht gestärkt, sondern unterminiert und geschwächt. Die EU erscheint nunmehr als eine einzige große Deregulierungs- und Entdemokratisierungsmaschine (vgl. Streeck 2013), und in den Augen vieler linker und sozialdemokratischer Autoren ist dagegen nur das eine Kraut gewachsen, dass das ganze Unternehmen zurückgebaut und die einzelstaatlichen Regulierungen wieder in ihr Recht

gesetzt werden. Kurz: Wer dem Sozialen den Vorrang vor allem anderen gibt, wem es wichtig ist, dass das untere Drittel der Gesellschaften nicht völlig auf der Strecke bleibt, der plädiert eher für die Erhaltung umfangreicher Kompetenzen auf der Ebene der Einzelstaaten als für die Übergabe weiterer nationaler Souveränitätsrechte an die Europäische Union.

An der ersten Welle der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg waren Sozialdemokraten nicht maßgeblich beteiligt. Erst seit Ende der 1960er Jahre, als Persönlichkeiten wie Willy Brandt, Olof Palme, Bruno Kreisky entscheidenden Einfluss gewannen, schlugen sich die europäischen Sozialdemokratien mit Nachdruck auf die Seite des Integrationsprojekts. Das lag sicherlich nicht zuletzt daran, dass diese Generation von der Kriegserfahrung nachhaltig geprägt war (vgl. Bouvet 2014: 22f). Nachdem heute die Kriegsgefahr zwischen den einstmals verfeindeten Nationen dauerhaft überwunden ist und das europäische Friedensnarrativ als Begründung der Integration nicht mehr dazu angetan ist, sämtliche Bedenken in den Hintergrund zu drängen, schlägt das Pendel jetzt offenbar zurück. Zu offensichtlich ist die Tatsache geworden, dass die Entwicklung, die die europäische Integration genommen hat, dem Prinzip des sozialen Ausgleichs widerspricht. Statt von einem sozialdemokratischen Kompromiss wird Europa bestimmt von einer *free-market economy under the rule of procedural law*, – was eben kein sozialdemokratisches, sondern ein wirtschaftsliberales Konzept ist (vgl. Bouvet 2014: 24). Die Hoffnung, dass dieser Stand der Dinge durch eine nachholende Demokratisierung und etwa durch einen Kurswechsel der Europäischen Zentralbank in die Richtung eines linken Projekts verändert werden könnte, gilt nur noch als naiv.

Die europäische Spaltung zwischen den Geberländern des Nordens und den Schuldnerländern des Südens ist das eine, die innergesellschaftliche Spaltung zwischen denen, die vom gemeinsamen Binnenmarkt profitieren, und denen, die dabei eher unter die Räder kommen, ist das andere. Das generelle Dilemma der sozialdemokratischen Parteien in den postindustriellen Zwei-Drittel-Gesellschaften reichert sich mit einer europäischen Komponente an. An die Stelle der herkömmlichen Polarisierung zwischen links und rechts treten neue Spaltungen, die quer durch die Anhängerschaften verlaufen, auf die sich die Sozialdemokratien in den letzten Jahrzehnten gestützt haben: zwischen sozialliberalen, akademisch gebildeten und hochmobilen Milieus einerseits und den weniger gebildeten, gewerkschaftsnahen Angehörigen der unteren Mittel- und Arbeiterschicht andererseits. Die

Akademiker unterstützen das europäische Projekt, die gering Qualifizierten stehen ihm immer fremder gegenüber, haben Probleme auf dem Arbeitsmarkt und sehen sich weitgehend schutzlos der Konkurrenz billiger osteuropäischer Wanderarbeiter ausgeliefert. Bei ihnen erzeugt das angeblich alternativlose EU-Projekt nur Angst, Missgunst und Misstrauen, sie fühlen sich entfremdet enteignet und herabgestuft. Und immer stärker erscheint auch die Sozialdemokratie in den Augen der Europaverlierer als Teil eines Modernisierungsunternehmens, das ihre Sicherheitsinteressen und Bedürfnisse untergräbt und verrät. In vielen Ländern, so sagen die Kritiker, hat die Sozialdemokratie das Gespür für diese Gefühle und Ängste verloren und versteht sich eher als Teil der „begabten, gebildeten, unternehmerisch veranlagten und stets mobilen Bevölkerung“ denn als Teil der wenig gebildeten traditionell sozialdemokratischen Schichten (Cuperus 2014: 37). So steht jetzt auf der einen Seite eine „überwiegend liberale, mobile, säkulare und akademische Elite“, und auf der anderen Seite stehen Wähler, „die mehrheitlich nicht rassistisch oder fremdenfeindlich sind, aber Stabilität in den Gemeinschaften und Engagement für das Gemeinwohl wertschätzen und glauben, dass es der immer liberaler werdenden politischen Klasse an Verständnis für sie und ihr Leben fehlt“ (Goodhart 2014: 80f).

Dieses spezifisch sozialdemokratische Dilemma zwischen Internationalismus und sozialem Ausgleich wird gegenwärtig offenbar immer mehr zugunsten des sozialen Ausgleichs aufgelöst. Das heißt dann automatisch zugleich, dass eine weitere Vertiefung der europäischen Integration, eine weitere Zentralisierung und Homogenisierung auf dieser Seite des politischen Spektrums nicht mehr auf Unterstützung rechnen kann. Angestrebt wird hier vielmehr ein maßvolleres Europa, ein Europa, das keine Union, sondern eine Gemeinschaft ist (vgl. Cuperus 2014: 40). Das ist nicht automatisch identisch mit einer vollkommen anti-europäischen Haltung, aber es markiert doch einen klaren Wandel der Präferenzen und Beweislasten: Es ist nicht mehr automatisch so, dass alles, was die europäische Integration befördert, von vornherein als der richtige Weg gilt.

2. Die politische Dimension

Auch der Diskurs über die konstitutionelle und institutionelle Verfasstheit der Europäischen Union hat eine neue Intensität erreicht. Aber im Unterschied zu der Diskussion über die Chancen für ein soziales Europa verlangen in der politisch-institutionellen Diskussion viele prominente Stimmen

den großen Sprung nach vorn in die Richtung einer weiteren Vertiefung der Integration und eines europäischen Bundesstaates. Das ambitionierte Ziel besteht darin, eine föderale politische Union zu etablieren, in der das Europäische Parlament weiter gestärkt, die Europäische Kommission zu einer konstitutionellen EU-Regierung umgewandelt oder alternativ eine zentrale Regierung für die Eurozone errichtet wird.

Zu den Protagonisten dieser Strömung gehören der frühere belgische Ministerpräsident Guy Verhofstadt (Vorsitzender der Fraktion Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, ALDE) und der britische Europaparlamentsabgeordnete Andrew Duff. Beide sind engagierte Wortführer der Spinelli-Gruppe von Europaparlamentsabgeordneten, die sich für die Errichtung einer starken föderalen europäischen Regierung einsetzt. In die gleiche Richtung zielte der frühere deutsche Außenminister Joschka Fischer (2010), als er für die Gründung der „Vereinigten Staaten von Europa“ plädierte. Die neu entstandene Glienicker Gruppe (2013) von elf deutschen Ökonomen, Politologen und Juristen trat jüngst in ähnlichem Sinn mit Vorschlägen für ein vertieftes Europa in Erscheinung. Und auch der prominente Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit plädiert, gemeinsam mit Guy Verhofstadt (2012), für die langfristige Perspektive eines europäischen Bundesstaates.

Das entscheidende Argument für die Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa lautet immer, dass nur auf diesem Wege die staatlichen Institutionen die Kompetenz und Durchschlagskraft erreichen können, die zur Bewältigung der gewaltigen Gegenwartsprobleme nötig sind. Da wir es auf der ökonomischen Seite seit den 1990er Jahren mit einer gigantischen Welle der Globalisierung und mit zunehmend transnational vernetzten Gesellschaften zu tun haben, müssen die politischen Institutionen nunmehr endlich gleichziehen, damit der Lösungsraum der Probleme wieder deckungsgleich wird mit dem Raum, in dem die Konflikte, die gelöst werden müssen, ihren Ursprung haben. Die Nationalstaaten sind per definitionem damit überfordert, transnationale Probleme zu lösen. Die politische Fragmentierung der Staatenwelt Europas muss beendet und in eine starke und wirksame transnationale Staatenunion überführt werden.

Es ist gemutmaßt worden, dass eigentlich auch die großen europäischen Volksparteien und ihre gegenwärtig führenden Politiker insgeheim diesen Bestrebungen für eine neue Stufe der Integration Europas zustimmen. Aus purem Opportunismus und aus wahltaktischer Rücksicht würden sie das

jedoch öffentlich niemals verlauten lassen. Diese Einschätzung, die z.B. der oben bereits erwähnte Guy Verhofstadt vertreten hat (vgl. Cuperus 2014: 31f.), ist durchaus nicht von der Hand zu weisen. Das Ziel einer vollendeten europäischen Union liegt ja tatsächlich auf der Linie der mehr oder weniger realistischen, von funktionalen Zweckmäßigkeiten diktierten und angeblich alternativlosen politischen Problemlösungen, die viele der gegenwärtigen europäischen Entscheidungsträger für sich in Anspruch nehmen. Hier wird nur die funktionale Logik weitergedacht, die die Geschichte der Europäischen Integration stets bestimmt hat. Es ist oft betont worden, dass der Integrationsprozess von Anfang an im Grunde ein Elitenprojekt gewesen und als eine Art wirtschaftlicher Zweckverband von Bürokraten, Juristen und politischen Führungskräften ins Leben gerufen und getragen worden ist. Da die Versprechen von Frieden, Arbeitsplätzen und steigendem Wohlstand in den drei Jahrzehnten nach 1950 mehr oder weniger überall eingehalten wurden, widersprachen die beteiligten europäischen Bevölkerungen nicht, aber sie waren auch alles andere als Motoren, Gestalter und Antriebskräfte der Entwicklung.

Aus dieser Sicht betrachtet, wäre es zweifellos das Beste, wenn es auf diesem Pfad der technisch und funktional begründeten Integration einfach weitergehen würde. Alles kommt dann nur darauf an, die anstehenden, insbesondere die ökonomischen Probleme angemessen und professionell zu lösen. Das hat zwar eigentlich mit Politik nichts zu tun, sondern allenfalls mit Interessen und Interessensunterschieden, die man durch Expertenverhandlungen irgendwie ausgleichen und in Kompromisse überführen muss, mit denen alle Beteiligten leben können. Aber das mindert die Attraktivität dieser Strategie in den Augen ihrer Befürworter nicht, sondern steigert sie. Das supranationale Regieren in Europa erscheint hier als der von Sachzwängen diktierte rationalste Weg der Handlungskoordination und der technischen Lösung von sachlichen Problemen. Europa ist sozusagen die Bühne, auf der der heimliche, aber in der Geschichte des abendländischen Denkens tief verwurzelte Wunschtraum von der Ersetzung politischen Handelns durch reine Technik in die Wirklichkeit umgesetzt werden kann.

In dieser Sicht der europäischen Dinge ergeben sich die nächsten Schritte mehr oder weniger unvermeidlich und folgerichtig aus der Einführung der Euro und der Bewältigung der Finanzkrise. Bei der Einführung des Euro bestand das Kalkül darin, dass mit ihr eine mehr oder weniger zwanglose Angleichung im Leistungsniveau der Volkswirtschaften verbunden

sein würde. Die Deutschen waren bereit, ihre geliebte D-Mark aufzugeben, sofern die anderen Staaten einwilligten, ihre Ökonomien nach deutschem Vorbild einer strengen Überprüfung und Steuerung durch externe und von Experten festgelegte Zielvorgaben zu unterwerfen. Die gemeinsame Währung wurde gleichsam als der große *leveller* begriffen, der die unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen und -ordnungen auf ein und das gleiche Modell ausrichten würde.

Wie wir heute wissen, ging das Kalkül gründlich in die Irre. In Wirklichkeit liegen die Dinge eben doch andersherum. Das einheitliche Leistungsvermögen der Ökonomien ist die Voraussetzung für eine einheitliche Währung und nicht deren Wirkung. Einheitliche Währungen kann man also eigentlich nur dort einführen, wo das Leistungsvermögen der Volkswirtschaften bereits annähernd das gleiche Niveau aufweist. Jetzt aber, wo das Kind im Brunnen liegt, bleibt offenbar keine andere Wahl mehr, als diese Voraussetzungen in einem Akt nachholender Modernisierung mit dem entsprechenden Druck von außen herzustellen. Dazu ist es dann unvermeidlich, dass die Europäische Kommission mit mehr Kompetenzen und Rechten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ausgestattet wird und vor allem die Oberaufsicht über die jeweilige nationale Haushalts- und Wirtschaftspolitik an sich zieht. Als Inbegriff dieser Entwicklung kann man die sog. Troika aus EU-Kommission, Internationalem Währungsfond und Europäischer Zentralbank ansehen, die mit weitgehenden Kontroll- und Eingriffsrechten in die Politik der hilfebedürftigen Mitgliedsländer ausgestattet ist. Der nicht zu leugnende Widerspruch einer gemeinsamen Währung bei gleichzeitiger nationaler Verantwortung für Banken und Haushalte kann nun eben nur noch dadurch aufgelöst werden, dass die Währungsunion durch die Banken-, Fiskal- und Wirtschaftsunion flankiert wird. Also müssen weitere Hoheitsrechte auf die europäische Ebene übertragen werden. Auf diese Weise läuft dann alles über kurz oder lang und durch rein ökonomische Notwendigkeiten erzwungen auf die Vollendung einer politischen Union hinaus, in deren Kompetenz mit Steuerrecht, Finanzhoheit, Haushaltskontrolle und Sozialpolitik nun auch jene Bereiche fallen, die bislang in den Händen der Einzelstaaten verblieben waren. Dann ist das Ziel einer wirklich politischen Union über nationale Grenzen hinweg realisiert.

Tatsächlich hat die Eurokrise die technische Vorstellung politischen Handelns noch einmal mit großer Schubkraft versehen. Wie immer in Krisensituationen war das schnelle und entschiedene Eingreifen exekutiver

Instanzen gefragt. Das Krisenmanagement lag und liegt in der Hand von Experten und Organen, die rasch die nötigen Schritte ergreifen und Schadensbegrenzung betreiben können. So geriet die Eurokrise zur Stunde der Notstandsregime (Scharpf) und der Expertokratie (Habermas). Einzelne nationale Regierungen haben auf diese Weise gemeinsam mit Kommission und Europäischer Zentralbank ihren Handlungsspielraum auf Kosten der nationalen Parlamente erheblich erweitert. Noch einmal ist also jene so oft in der Vergangenheit erfolgreiche Methode zum Einsatz gekommen, mit der man die Einzelstaaten immer wieder dahin bringen konnte, „eine Integrationspolitik, die von den meisten nicht gewollt wird, als unvermeidlich zu akzeptieren“ (Goodhart 2014: 86).

Es könnte aber sein, dass die Einführung des Euro und das Krisenmanagement nicht nur der Gipfelpunkt dieser technokratischen Praxis politischen Handelns gewesen sind, sondern zugleich ihren Untergang eingeleitet haben. Das liegt vor allem daran, dass die hohen Kosten, die diese Art des Handelns mit sich bringt, nun viel sichtbarer geworden sind, auf Widerstand stoßen und in lautstarken Protest umschlagen. Das stillschweigende Einverständnis der Bevölkerungen, von dem man bislang ausgehen konnte, weil alle am Ende zu den Gewinnern der Entwicklungen gehörten, ist unübersehbar von einer weit verbreiteten Ablehnung abgelöst worden. Die entpolitisierte Variante des Handelns, nach der die besten Lösungen immer von Experten ermittelt und festgelegt werden, funktioniert nur so lange, wie tatsächlich alle Beteiligten davon ausgehen dürfen, dass sie am Ende etwas davon haben. Das ist heute aber nicht mehr der Fall.

Auch die Demokratie-Lücke der europäischen Politik, von der in den akademischen und publizistischen Debatten so oft die Rede war, wird nun deutlicher wahrnehmbar. Zu ihr gehört die vertrackte Weise hinzu, in der die Unterminierung der sozialen Errungenschaften auf der europäischen Ebene mit dem institutionellen Gefüge Europas, insbesondere mit der Rolle des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), verbunden ist. Zuletzt hat Dieter Grimm (2013) gezeigt, wie die Urteile dieses Gerichts implizit in den Rang von Verfassungsbestimmungen aufgerückt sind. Durch eine Reihe von Urteilen hat der EuGH die wirtschaftlichen Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarkts mehr oder weniger in subjektives Recht verwandelt. Das bedeutet aber zugleich, dass die Entscheidungen über grundsätzliche Alternativen der Wirtschaftspolitik dem demokratischen Prozess weitgehend aus der Hand genommen worden sind. Es ist mithin nicht nur so, dass

die negative Integration, also die Herstellung der Marktfreiheiten, den Vorrang hat gegenüber der positiven Integration der Regulierung. Darüber hinaus wird die negative Integration auch noch auf dem Wege der Rechtsprechung ins Werk gesetzt, die der demokratischen Kontrolle entzogen ist.

Nationale Rechtsnormen werden auf diese Weise abgeschafft, weil sie ein Hindernis für die Verwirklichung des Binnenmarkts und den Wettbewerb bilden. Was dabei jeweils als Hindernis verstanden wird, kann eng und weit definiert werden. Kommission und Gerichtshof praktizieren eine weite Auslegung und verstehen als Behinderung des freien Verkehrs von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital auch jene nationalen Regeln, „denen keinerlei wirtschaftliches oder gar diskriminierendes Motiv zugrunde liegt“ (Grimm 2013: 28). Das aber führt dazu, dass zahlreiche Normen des nationalen Rechts nach und nach ihre Bedeutung verloren haben, „auch wenn sie legitime Schutzziele verfolgten oder sogar in Erfüllung verfassungsrechtlicher Schutzpflichten erlassen wurden“ (Grimm 2013: 28).

Allgemeiner gesagt bedeutet dies, dass die Beseitigung der nationalen Regelungen und Standards aufgrund der besonderen institutionellen Verfasstheit Europas auf rein administrativem und judikativem Weg erfolgen kann, ohne dass die politischen Organe Rat und Parlament eine Möglichkeit der Intervention haben. „Entscheidende Umgestaltungen der Wirtschafts- und Sozialsysteme der Mitgliedstaaten, der Abbau zahlreicher öffentlicher Dienstleistungen, die Beseitigung nationaler Schutznormen, die Neubestimmung des Verhältnisses von Markt und Staat sind auf diese Weise zustande gekommen“ (Grimm 2013: 29). Die positive Integration hingegen, also die Regulierung und Gestaltung der ökonomischen Strukturen durch die Setzung von Unionsrecht, die ja prinzipiell durchaus möglich wäre, verlangt „einen politischen Akt von Kommission, Rat und Parlament, für den die Konsensschwellen hoch liegen“ (Grimm 2013: 28). Das ist ein Musterbeispiel dafür, wie es auf der europäischen Ebene möglich ist, Entscheidungen hoher politischer Relevanz „im unpolitischen Modus“ zu fällen (Grimm 2013: 31).

Bei der Frage der möglichen Abhilfe dieses unbefriedigenden Zustands ist Grimm jedoch zögerlich. Einerseits ist klar, dass das Demokratiedefizit an der Einrichtung und Legitimation der Institutionen hängt, also mit der Konstitution und der Funktionsweise von Europäischem Parlament, Rat, Kommission, EuGH zu tun hat. Aber andererseits erschöpft es sich darin

nicht. Die Qualität der Demokratie, so Grimm, ist stets abhängig vom Zustand der Gesellschaft, in der sie existiert und in der es um die Möglichkeiten von Partizipation, Assoziation und öffentlicher Meinungsbildung geht, und damit zugleich um die Existenz von Parteien, Verbänden, Bürgerinitiativen und Medien der öffentlichen Kommunikation. Diese gesellschaftlichen Voraussetzungen der Demokratie sind aber zweifellos auf der Ebene der Mitgliedstaaten weitaus besser gegeben als auf der europäischen Ebene. Besonders fällt die Tatsache ins Gewicht, dass es keinen nennenswerten europaweiten Diskurs gibt, der diesen Namen verdient, sondern allenfalls eine „Addition von 27 nationalen Diskursen über europäische Fragen“ (Grimm 2013: 34). Alles in allem kann es diesem Argument zufolge keine wirkliche europäische Eigenlegitimation der politischen Institutionen geben. Und deswegen ist die europäische Demokratie letzten Endes allein auf die Ressource der einzelstaatlichen Legitimationszufuhr angewiesen.

An dieser Stelle geht Jürgen Habermas in seinen Interventionen in die europäischen Diskussionen einen entschiedenen Schritt weiter (vgl. zuletzt Habermas 2014). Einerseits hält Habermas die sozialen Errungenschaften, die die Einzelstaaten erreicht haben, auf der europäischen Ebene für unverzichtbar. Andererseits ist ihm zufolge aber nicht nur der weitere Ausbau des europäischen Regierens, sondern zugleich auch eine entschiedene Demokratisierung notwendig und möglich. Den von Grimm und vielen anderen immer wieder ins Feld geführten Hinweis darauf, dass es ein europäisches Volk nicht gibt und auch in Zukunft kaum geben wird, hält er eher für eine Ausrede. Zugleich rückt Habermas seine Vorstellung der europäischen Entwicklung in den anspruchsvollen Entwurf einer allgemeinen Geschichte ein, in dem die Konstitutionalisierung des Völkerrechts in weltbürgerlicher Absicht und damit eine politisch geordnete und verfasste Weltgesellschaft ins Auge gefasst werden.

Bei seinem Plädoyer für den Ausbau der Europäischen Union zu einer supranationalen Demokratie argumentiert Habermas mit der Idee einer doppelten Souveränität und entwickelt den Gedanken einer europäischen politischen Ordnung, die zweifach gestützt und legitimiert ist. Danach sind die Bürger in der supranationalen europäischen Demokratie beides zugleich: Unionsbürger und Staatsbürger. In der Rolle der Staatsbürger beharren die Europäer völlig zurecht auf „den normativen Errungenschaften des jeweils eigenen Nationalstaates“ (Habermas 2014: 531). Diese dürfen nicht nur nicht unterschritten, sondern müssen im Gegenteil weiter entwickelt

und über die bisherigen Grenzen hinaus ausgedehnt werden, so dass das national begrenzte Vertrauen, „das heute in Gestalt der staatsbürgerlichen Solidarität besteht, zu der nochmals abstrakteren Form eines grenzüberschreitenden Vertrauens“ (Habermas 2014: 531) weiterentwickelt werden kann. Einerseits also sollen nach Habermas die Nationalstaaten „in der Rolle von künftigen Mitgliedstaaten als Garanten des schon erreichten Niveaus von Recht und Freiheit erhalten bleiben“ (Habermas 2014: 532). Andererseits aber müssten Europas Bürger ein Interesse daran haben, dass „die aus Nationalstaaten entstandene Union die Gestalt eines supranational handlungsfähigen Gemeinwesens annimmt, welche auf eine demokratisch legitimierte Weise effektiv handeln kann, um die heute auf die europäischen Völker eindringenden Probleme zu lösen“ (Habermas 2014: 532).

Diese beiden Dimensionen, die sonst in den Europa-Diskussionen, besonders in den Diskussionen über ein soziales Europa und über die Möglichkeit einer europäischen Demokratie so gerne gegeneinander ausgespielt werden, will Habermas in einen Ausgleich miteinander bringen. Danach kommt für das entstehende supranationale europäische Gemeinwesen alles darauf an, dass die höhere politische Ebene die niedrigere nicht überwältigen kann. Die Frage der Letztentscheidungsbefugnis kann deswegen auf europäischer Ebene nicht wie in den herkömmlichen Vorstellungen eines Bundesstaates durch Hierarchisierung gelöst werden, sondern nur dadurch, dass „die heterarchische Beziehung zwischen den Mitgliedstaaten und der Föderation aufrechterhalten bleibt“ (Habermas 2014: 532). Das bedeutet, dass die Komponente und Kategorie des Bundes in einer für Europa neuen Weise ganz ernst genommen und durchdacht werden muss.

Mit diesen Überlegungen greift Habermas einen Diskussionsstrang über Europa auf, der im Rekurs auf spezifisch republikanische politiktheoretische Positionen nach einem Ausweg aus den verschiedenen Sackgassen der europäischen Entwicklung sucht und in jüngerer Zeit deutlicher vernehmbar geworden ist. Die Argumente für ein republikanisches Europa zielen im Kern in zwei Richtungen. Zum einen spielt das Modell des Bundes eine große Rolle, mit dem an die Stelle eines rigiden Einheitsstaates das Prinzip des Regierens in Umgebungen der Verschiedenheit, der Pluralität und der Vielfalt gesetzt wird. Heterogenität gilt hier nicht als Zumutung und Belastung, als etwas, das zugunsten von Homogenität, Identität und Ähnlichkeit überwunden werden muss, sondern als Ausweis einer besonderen Qualität, die erhaltens- und schützenswert ist. An die Stelle differenzloser Einheits-

vorstellungen treten Figuren des behutsamen Umgangs mit dem Fremden und mit Unterschieden. Neben und gegen die rationalistisch-liberalen Kategorien von Effizienz, Konsens und berechenbarer Rationalität, die immer in der Nähe funktionalistischer Bestimmungen stehen, treten die republikanischen Bestimmungen von Kontingenz, Konflikt, Verschiedenheit und die Absage an hierarchische und durch Souveränitätsanmaßungen gespeiste Ordnungsmodelle. Auf diese Weise wird der politische Raum für Meinungen und Gegenmeinungen, für die Vielfalt von Perspektiven, für das Austragen von Kontroversen weit geöffnet (vgl. Thiel 2012: 196ff, 232ff).

Die andere Richtung, mit der sich die republikanischen Konzepte auseinandersetzen, betrifft die Frage nach dem europäischen *demos*. Der Hinweis darauf, dass auch in den Nationalstaaten das einheitliche Wir-Bewusstsein erst nach einem langen und aufwendigen Prozess entstanden ist, mit dem auch Habermas (2014: 530f) gern operiert, hilft hier nur begrenzt weiter. Der Hinweis vermag zwar deutlich zu machen, dass die politische Gemeinschaft der Nation keine natürliche Größe, sondern etwas Artifizielles und Erzeugtes ist. Aber damit hört dann der Modell- und Vorbildcharakter des Nationalbewusstseins auch schon auf. Denn nirgendwo operieren die nationalen Mythen und Narrative mit politischen Größen, immer stützen sie sich auf vorgeblich natürliche Substanzen, auf die Ähnlichkeit und Gleichheit von Herkunft, Sprache, Sitten, Schicksal, Gedächtnis oder, wie bei Carl Schmitt (1932: 33), auf die Freund-Feind-Unterscheidung „im Sinne einer seinsmäßigen Ursprünglichkeit“.

In der republikanischen Idee eines europäischen „Wir“ ist dagegen nicht die natürliche Gegebenheit ausschlaggebend, sondern die Verbundenheit, die dadurch entsteht, dass man gemeinsam ein Vorhaben realisieren möchte. Dieses „Wir“ ist keine natürliche oder historische Substanz, keine vorgegebene, durch Kultur, Herkunft und Schicksalsschläge bereits existierende Größe, die man nur noch finden müsste, sondern eine Größe, die durch gemeinsame Absichten und Vorhaben, durch den Austausch und im Akt des Austausches von Perspektiven, Meinungen und Positionen erst entsteht. Nicht im Einschmelzen der Unterschiede realisiert sie sich, sondern in ihrer Anerkennung und Legitimierung.

3. Die internationale Dimension

Schon seit dem 11. September 2001 war klar, dass die liberale Vision vom Ende der Geschichte und vom dem Übergang in ein Zeitalter, in dem die

Realisierung von Menschenrechten, Multikulturalität, Minderheitenschutz und Gleichberechtigung der Geschlechter die einzige Aufgabe ist, die noch erledigt werden muss, eine vollkommene Illusion ist. Das 21. Jahrhundert macht dort weiter, wo das 20. Jahrhundert aufgehört hat: mit blutigen Kämpfen, Kriegen und wahnwitziger Irrationalität. Die weltpolitischen Konflikte und Zerreißen in Syrien, Irak und im Nahen Osten sind beängstigend. Im subsaharischen Afrika verbreiten mordende Milizen Angst und Schrecken, die Konfrontation mit Russland und der Krieg in der Ostukraine drohen sich zu einem Flächenbrand zu erweitern. Hinzu kommt das Problem der Flüchtlinge, bei dem in skandalöser Weise immer wieder die europäischen Menschenrechtsstandards unterminiert werden und die Europäische Union eine menschenverachtende Abschottungspolitik betreibt.

Europa muss zu diesen weltpolitischen Konflikten eine Haltung finden, die seinen Prinzipien entspricht. Das gilt gegenwärtig insbesondere für den Ukraine-Konflikt und die kaum verhohlene krieglerische Aggression, die Russland dort praktiziert. Einerseits war die ukrainische Revolution des Euromaidan ein weithin sichtbares Zeichen für die überragende Attraktivität, die Europa als Raum der Freiheit, des Rechts und des sozialen Ausgleichs nach wie vor in vielen Regionen der Welt genießt. Andererseits war und ist die Europäische Union mehr oder weniger rat- und hilflos gegenüber dem Einsatz der Gewalt, mit dem das Russland Putins gegenüber seinem Nachbarstaat und früheren Partner auftritt, einen Teil des Territoriums annektiert und dann mit den Mitteln hybrider Kriegführung die massive Destabilisierung dieses souveränen Staates betreibt.

Damit nicht genug. Es wird immer klarer, dass das gegenwärtige Russland nicht nur die Ukraine destabilisieren, gefügig machen und in sein Einflussgebiet integrieren, sondern darüber hinaus die gesamte europäische politische Nachkriegs-Ordnung zerstören möchte. Dafür sucht und findet Putin Verbündete bei den populistischen, nationalistischen und anti-europäischen Parteien und Gruppierungen, die, wie der Front National in Frankreich, die Auflösung von Eurozone und Europäischer Union fordern. Nach Marine Le Pen wird die Europäische Union zusammenbrechen wie die Sowjetunion seinerzeit zusammengebrochen ist, weil die europäischen Bevölkerungen die Kontrolle sowohl über die Volkswirtschaften und Währungen wie über die Zuwanderung in ihr Territorium preisgegeben haben. Aber auch auf der linken Seite des politischen Spektrums findet Putin Verständnis und Unterstützung für seine gegen Europa gerichtete aggressive Politik

und für seine Ordnungsvorstellungen, die immer unverhohlener diktatorische Züge annehmen.

Europa kommt weniger denn je daran vorbei, eine eigene internationale und außenpolitische Rolle ins Auge zu fassen und eine internationale Handlungsfähigkeit mit einer eigenen Handschrift anzustreben, in der die Durchsetzung des Völkerrechts, die Sicherung der internationalen Friedensordnung und die soft power der Verhandlungsdiplomatie von ausschlaggebender Bedeutung sind. Freilich kann man in der neuen Konfrontation auch einen Glücksfall für Europa sehen. Nichts hilft der inneren Geschlossenheit so sehr wie ein äußerer Feind, gegen den man sich zur Wehr setzen muss. Das ist genau das Muster, mit dem das Russland Putins gegenwärtig gegenüber der Ukraine und Europa operiert und damit alle inneren Widersprüche und Schwächen seines Regimes zu kaschieren versucht. Aus vielen Beispielen wissen wir, dass das kurzfristig funktionieren, auf die Dauer jedoch nicht gutgehen kann. Aber Europa kann nicht abwarten und dabei zusehen, dass sich diese Erfahrung erneut bewahrheitet. Es muss zu diesen Entwicklungen im Osten eine eigene Haltung entwickeln und sich auf andauernde Konflikte mit Russland einrichten.

II. DIE BEITRÄGE DES BANDES

Die Beiträge dieses Bandes gehen im Kern auf eine Vortragsreihe zurück, die die Veranstaltungsinitiative *Europäische Horizonte* im Mai 2014 in Aachen veranstaltet hat. Einige Vorträge konnten nicht in die Publikation übernommen werden, einige Beiträge sind neu hinzugekommen. Es versteht sich, dass hier nur ein kleiner Ausschnitt der gegenwärtig drängenden europäischen Konflikte und Fragen angesprochen werden kann.

Für *Maurizio Bach* ist die gegenwärtige Malaise Europas eine soziologische Parabel für eine tief verwurzelte Steuerungs- und Kontrollillusion moderner Gesellschaften. In einem Rückblick zeigt er, dass durch die Gründung Europas als institutionelle Konstruktion vor allem die Entscheidungs- und Kompromisswilligkeit der Mitgliedstaaten sichergestellt werden sollte. Die Europäische Union sei kein demokratisch legitimierter Staat sondern vielmehr ein supranationales Verhandlungs- und Rechtssystem, das unbestreitbare Erfolge der bisherigen europäischen Integration hervorbrachte. Jedoch hätten die Binnenmarktpolitik und mit ihr die Währungsunion

eine Spirale von ungewollten und unerwünschten Effekten in Gang gesetzt. Er betrachtet die Währungsunion als einen schweren politischer Fehler des europäischen Einigungsprozesses. Für eine tragfähige Weiterentwicklung der Europäischen Union kommt nach seinem Dafürhalten nur eine Konkretisierung und institutionelle Ausformung der Leitidee der europäischen Solidarität in Frage. Europa müsse als Solidargemeinschaft neu begründet werden.

Georg Vobruba skizziert in seiner Analyse, warum Krisen im modernen sozialwissenschaftlichen Denken als offene Konstellationen konzipiert werden. Er beschreibt die Hauptcharakteristika der Eurokrise und unterscheidet dabei zwischen Geld und Währungen, um die sozialen Implikationen der Krise zeigen zu können. Aufbauend auf der Schilderung komplexer Konfliktkonstellation geht es bei Vobruba um die These, dass in der Eurokrise Konflikte gesellschaftsbildend wirken, wenn sie sich in einem Rahmen abspielen, der von allen Konfliktparteien akzeptiert werden oder doch hingenommen werden muss. Abschließend greift er das Problem von Krisen als sozial offene Konstellationen noch einmal auf und legt dar, dass die Europäische Integration kein teleologischer Prozess ist, der objektiven historischen Gesetzmäßigkeiten folgt.

Werner Plumpe untersucht die wirtschaftlichen Integrationsleistungen in der nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten Europäisierung. Letztere sei, so seine These, nach 1945 vor allem deswegen möglich gewesen, da Europa zu diesem Zeitpunkt bereits integriert gewesen sei. Deswegen sei die Europäisierung Westeuropas eine Folge und nicht die Voraussetzung für die nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten Integrationsprozesse. Plumpe argumentiert, dass der europäische Wirtschaftsraum bereits vor 1914 spezielle arbeitsteilige Strukturen besaß, die seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts institutionalisiert worden sind. Die europäische Integration definiert Plumpe als ein politisches Projekt vor dem Hintergrund einer speziellen ökonomischen Situation. Die Währungsunion von 1992, eingeführt aus dem „Geist der multilateralen, gegenseitigen Kontrolle zur Ermöglichung wirtschaftlicher Kooperation“, habe allerdings an die Stelle der Kooperation autonomer Akteure eher ein Zwangssystem der Anpassung gesetzt. Plumpe spricht in diesem Zusammenhang von einem „Risikospiel“, dessen Ausgang völlig offen sei.

Christoph Deutschmann diskutiert verschiedene Ansätze zur Erklärung der Euro-Krise und setzt sich kritisch mit gängigen Thesen auseinander, die

Schuldenkrise sei vor allem auf die Widersprüche in der institutionellen Konstruktion der europäischen Gemeinschaftswährung oder auf Rationalitätsfallen demokratischer Politik zurückzuführen. Seines Erachtens liegt in dem jahrzehntelangen Prozess der „Finanzialisierung“, der nicht nur in Europa, sondern auch in den USA und anderen OECD-Ländern die Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung vorangetrieben und zum Aufbau eines beträchtlichen Überhangs an nicht einlösbaren Vermögensforderungen geführt habe. Die demokratische Politik sei mit der Herausforderung konfrontiert, tragfähige Wege zum Abbau der überhöhten Vermögensforderungen zu finden – eine Herausforderung, die ein (mindestens) europaweit koordiniertes Vorgehen verlange.

Krisendiagnosen sind für *Thorsten Thiel* stets politisch. Wer von einer Krise spricht oder schreibt, wolle zum Handeln anregen, weil die Situation als untragbar erachtet wird. Der Autor fragt sich jedoch, ob die Diagnose der Krise der Demokratie in Europa, so wie sie heute gestellt wird, tatsächlich Handlungsanreize schafft und Alternativen denkbar werden lässt. Dazu beschreibt er die zunehmende Spezialisierung der Europaforschung und deren Folgen für die Rolle Politischer Theorie. Anschließend skizziert er, wie sich die Diagnosen europäischer Demokratie inhaltlich ausdifferenziert haben und arbeitet heraus, worin nach seiner Ansicht die konzeptionelle Erschöpfung des Diskurses besteht. Abschließend plädiert Thiel für ein alternatives Theoretisieren und damit verbunden einen anderen öffentlichen Diskurs über Europa.

Ulrike Guérot spricht sich in ihrem Artikel dafür aus, die bislang vorherrschende polarisierende Debatte über „mehr oder weniger“ Europa zu überwinden. Es gelte das Augenmerk von einer Diskussion über die vertikale Struktur – Europa vs. subsidiäre Nationalstaaten – in eine horizontale Struktur zu bringen, um Europa gemeinsam zu einer andersartigen europäischen Demokratie zu gestalten. Das europäische Projekt solle den europäischen Bürgerinnen und Bürgern als Souverän des Prozesses zurück gegeben werden. Dazu bedürfe es des Nachdenkens über die Ausgestaltung eines europäischen Zwei-Kammern-Systems, damit Entscheidungen über gemeinsame Prioritäten der EU-Bürgerinnen und Bürger durch eine „verschränkte“ Legislative getroffen werden und eine „Res Publica Europae“ für das europäische Gemeinwohl demokratisch entstehen könne. Dieses Konzept einer transnationalen europäischen Demokratie, jenseits von

nationalen Grenzen, sei letztlich die Lösung der augenblicklichen Malaise Europas.

Ausgehend von der derzeitigen Lage betrachten *Jan-Hendrik Kamlage* und *Patrizia Nanz* die derzeitige Krise der suprastaatlichen Institutionen der EU als eine umfassende Legitimationskrise, die das politische Projekt der EU im Ganzen zu Fall bringen kann. Ohne ausreichende Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern sei die Union am Ende zum Scheitern verurteilt. Lange Zeit galt die Einbeziehung organisierter Interessen durch Konsultationsmechanismen als Lösung für das demokratische Defizit der EU-Kommission. Die Autoren fordern jedoch ergänzende dialogorientierte Bürgerbeteiligungsverfahren über zentrale europäische Fragen auf lokaler, regionaler, nationaler und transnationaler Ebene. Abschließend stellen sie die Europäische Energiepolitik als Experimentierfeld einer institutionalisierten partizipativen Demokratie vor.

Michael Stolleis stellt in seinem Beitrag das selbstverständlich gewordene Ensemble von Grundprinzipien des öffentlichen Rechts als wirksamen Kern Europas vor: Die Basis bilden die Tradition der aristotelischen Politik, die antike Staatsliteratur, das neuzeitliche Natur- und Völkerrecht und die Grundgedanken der Verantwortlichkeit der europäischen Obrigkeiten für eine gerechte Sozialordnung. Hierauf ruht nach Stolleis die europäische Idee des Rechts- und Verfassungsstaats, der auch ein der Gerechtigkeit verpflichteter Sozialstaat ist. Unser ideenpolitisches Reservoir und unser kultureller Resonanzraum bildeten dafür den Hintergrund. Jedoch genüge es nicht, die erprobten Elemente zu besitzen, sondern sie müssen ständig erneuert werden. Vielleicht brauche Europa eine gewisse Erschütterung, um zu erfassen, was wir an diesem einzigartigen politischen Zusammenschluss haben. Der Autor macht abschließend Vorschläge, wie Europa an die neuen Bedingungen angepasst werden kann.

LITERATUR

- Bouvet, Laurent (2014): Eine fortschrittliche Vision von Europa, in: Ernst Hillebrand/Anna Maria Kellner (Hg.), Für ein anderes Europa. Beiträge zu einer notwendigen Debatte, Bonn.
- Cohn-Bendit, Daniel/Verhofstadt, Guy (2012): Für Europa. Ein Manifest, München.

- Cuperus, René (2014): Gegen ein Einheitseuropa. Euro-Realisten in der Klemme zwischen radikalen Föderalisten und Anti-EU-Extremisten, in: Ernst Hillebrand/Anna Maria Kellner (Hg.), Für ein anderes Europa. Beiträge zu einer notwendigen Debatte, Bonn.
- Fischer, Joschka (2010): Die Vereinigten Staaten von Europa, in: Bertelsmann-Stiftung (Hg.), Europa wagen, Gütersloh.
- Glienicker Gruppe (2013): Mobil, gerecht, einig. Die Glienicker Gruppe – elf deutsche Ökonomen, Politologen und Juristen – entwerfen ein neues Europa, in: Die Zeit 43. 25. Oktober.
- Goodhart, David (2014): Eine neue Abmachung zwischen EU und Nationalstaaten, in: Ernst Hillebrand/Anna Maria Kellner (Hg.), Für ein anderes Europa. Beiträge zu einer notwendigen Debatte, Bonn.
- Grimm, Dieter (2013): Zum Stand der demokratischen Legitimation der Europäischen Union nach Lissabon, in: Nabila Abbas/Annette Förster/Emanuel Richter (Hg.), Supranationalität und Demokratie, Wiesbaden 2015.
- Habermas, Jürgen (2014): Warum der Ausbau der Europäischen Union zu einer supranationalen Demokratie nötig und wie er möglich ist, in: Leviathan 42.4.
- Hillebrand, Ernst/Kellner, Anna Maria (Hg.) (2014): Für ein anderes Europa. Beiträge zu einer notwendigen Debatte, Bonn.
- Misik, Robert (2014): Haben wir den falschen Götzen angebetet?, in: Ernst Hillebrand/Anna Maria Kellner (Hg.), Für ein anderes Europa. Beiträge zu einer notwendigen Debatte, Bonn.
- Schmitt, Carl (1932): Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin 1963.
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin.
- Thiel, Thorsten (2012): Republikanismus und die Europäische Union. Eine Neubestimmung des Diskurses um die Legitimität europäischen Regierens, Baden-Baden.

